Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 04/2016 19. April 2016

Pressekonferenz der GdP: Polizeibedienstete in Sorge – die GdP nimmt sie ernst!

Die GdP ist am Puls der Zeit. Eine Reihe von Brennpunkten beschäftigt die Kolleginnen und Kollegen. So vergeht kaum ein Tag, an dem das Thema "Gewalt gegen Polizei" nicht politisch diskutiert wird. Wann handelt die Politik endlich? Bund und Länder sind gefordert, der § 115 StGB ist überfällig! Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow dankt der GdP Bayern für ihre Initiativen zugunsten bayerischer Polizeibediensteter, während der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall ein "Handlungskonzept 2025" fordert. Die Sorgen und Nöte der Bediensteten bei der Polizei müssen ernster genommen werden:

persönlichen Substanz. Neben

der Alltagskriminalität nehmen politisch motivierte Kriminalität, Konflikte im Zuge der Migration, Fußballvandalismus, Gewalt gegen Polizisten, Organisierte Kriminalität, Cyber-Crime und terroristische Bedrohungslagen zu. Auch Polizeibedienstete haben ein Privatleben mit Bedürfnissen! Gerade in niedrigen Besoldungs- und Entgeltgruppen ist festzustellen, dass sich viele - als Alleinverdiener oder ohne Nebenjob - ihr Leben kaum noch leisten können. Die berufliche (Lebens-) Leistung muss ordentlich honoriert werden."



Direkt betroffene Kolleginnen und Kollegen berichten aus ihrem nicht immer einfachen Alltag



"Neben verbaler Solidarität, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow (2.v.l.) und GdP-Landesvorsitzender Peter Schall (3.v.l.) müsse es endlich zu Entlas- informieren die anwesenden Pressevertreter über die Bemühungen der GdP zum Thema "Gewalt tungen und mehr Honorierung gegen Polizei" und präsentieren ihre zentralen Forderungen zur Verbesserung der Situation der kommen. Wachsende Aufga- Polizeibeschäftigten. Außerdem im Bild: die stellvertretenden Landesvorsitzenden Karin Peintinger ben zehren immer mehr an der (r.), Dr. Andreas Vollmer (2.v.r.) und Peter Pytlik (l.).

> Betroffene Bedienstete der Polizei stellten besonders plastisch ihre gegenwärtige Lage dar:

> Eine Tarifbeschäftigte im Pfortendienst schilderte eindringlich, dass sie in ihrer niedrigen Entgeltgruppe, gerade im Ballungsraum München, kaum leben könne:

> "Mein Gehalt in Vollzeit deckt zwar meine Grundbedürfnisse ab. die hohen Mieten lassen aber keine großen Sprünge zu. Wenn mein Lebensgefährte nicht berufstätig wäre, käme ich auf keinen grünen Zweig. Ich wünsche mir sehr, dass endlich mehr für Geringverdiener bei der Polizei getan wird. Wichtig sind mir tarifvertragliche Neuregelungen mit Gehaltsanhebungen in Niedriglohngruppen und insbesondere eine echte Ballungsraumzulage, die deutlich höher ist als die beim Freistaat Bayern seit Jahrzehnten gewährten 75,- €/Monat."

> Ein Vollzugbeamter berichtet über sein Beförderungsende durch neue Regelungen:

> "Ich bin Polizist mit Leib und Seele, der allerdings stark verärgert ist. Meine Leistungen werden nicht mehr richtig honoriert. Ich habe auf eine Jahrzehnte bewährte Regelung im Beförderungswesen vertraut. Dann, kurz vor meiner Beförderung wandelte sich die Rechtsprechung, Erfahrungswissen zählt nicht mehr. Es wird dem "Gott des Leistungswahns" gehuldigt, der Tausende von Kolleginnen und Kollegen für beförderungsreif erklärte, die



Pressekonferenz der GdP: Polizeibedienstete in Sorge – die GdP nimmt sie ernst!

vorher nicht dran waren (Wegfall der Altersgrenze). Weil aber die Beförderungsstellen in der 2. Qualifizierungsebene (mittlerer Dienst) fehlen, warten jetzt mehr als 3.000 Polizisten auf ihre Beförderung. Ich bin dabei und habe viele Jahre keine Beförderungschance. Der Staat muss dies jetzt durch ein massives Stellenhebungsprogramm ändern."

Ein weiterer Polizeikollege ergänzte zur Schicht- und Wochenendarbeit:

"Ich arbeite schon lange im körperlich stark belastenden Schichtdienst. Hier gibt es nur eine "Mini"-Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten. Eine echte Erhöhung wird immer wieder aufgeschoben. Würden Sie zum Beispiel an Sonn- und Feiertagen für einen "Gehaltszuschlag" von 3,32 €/Stunde arbeiten wollen? Wir Polizisten in der 2. QE erhalten für unsere oft gefährliche Arbeit auch nur eine Polizeizulage von monatlich 145,42 €. Mein Monats-Netto möchte ich gar nicht nennen. Es muss mehr rü-

berkommen!"

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow und der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall dankten den Kolleginnen und Kollegen für die eindrucksvollen Statements. Berechtigte Interessen vertritt die GdP! Die vier zentralen Forderungen lauten:

- Massive personelle Verstärkung bei der Polizei: Ausgleich für stetig steigende Arbeitsbelastung und neue Herausforderungen!
- 300,- Euro Polizei- und Sicherheitszulage pro Monat: Honorierung für Bedienstete im Polizeivollzug und beim Verfassungsschutz!
- **35-Stundenwoche im Schichtdienst:** Gesundheit erhalten und besonders belastende Nachtdienste reduzieren!
- 5,- Euro DUZ pro Stunde und zu allen Zeiten: Bis zu 4,91
 Euro/Stunde zahlt der Bund Bayern muss endlich nachziehen!

Terrorlage – mehr Sicherheit im Einsatz dringend notwendig

Für die Terrorlage ist Bayerns Polizei derzeit noch nicht ausreichend gerüstet. Zwar hat der Landtag im Nachtragshaushalt 2016 rund 60 Mio. € für eine bessere ballistische Schutzausstattung sowie Verbesserungen der Schießanlagen bereit gestellt, doch dauert die Beschaffung der Ausrüstung und die Ertüchtigung der Raumschießanlagen einfach zu lange. Die ballistischen Schutzwesten der Schutzklasse 4 sollen in Kürze ausgeliefert werden, die Ausschreibung für den entsprechenden Helm läuft gerade. Das Programm für die Raumschießanlagen ist jedoch vom Zeitansatz her auf mehrere Jahre ausgelegt. Hier rächt sich der Investitionsstau, der in den letzten Jahren infolge zu weniger Finanzmitteln in den jeweiligen Doppelhaushalten aufgelaufen ist. So ist z.B. das gemeinsame PE-Zentrum für das PP Schwaben Nord mit der V. BPA Königsbrunn noch vollkommen in der Planungsphase, obwohl der Schießbetrieb in der alten Anlage des PP Schwaben Nord immer wieder unterbrochen werden muss, bis die Raumluft wieder erträglich ist. Es sollen jetzt wenigstens die Mittel für die Planung im Haushalt bereitgestellt werden, um dann im DHH 2017/2018 mit dem Bau beginnen zu können. Und dies ist leider nur eines von mehreren Beispielen. Auch hinsichtlich einer neuen Polizeipistole wird noch einige Zeit ins Land gehen, bis diese Waffe in den Händen unserer Kollegen/-innen ist. Zwar laufen die Vorbereitungen für eine Ausschreibung und im DHH 2017/2018 sollen dann auch die notwendigen 30-35 Mio. € eingeplant werden, doch inzwischen häufen sich die Meldungen über Waffenstörungen, wie unsere Befragungsaktion zeigte (Green News berichtete). Auch hier rächt es sich, dass man das Projekt zu lange vor sich hergeschoben hatte. Die Diskussion um eine Mannausstattung mit dem TA-SER als Mittel zwischen Pfefferspray und Pistole bringt auch hier "Sand ins Getriebe", denn laut Bericht des Innenministeriums auf eine Landtagsanfrage würde eine Ausstattung mit TASER für jeden Beamten rund 60 Mio. € verschlingen. Da dieses Gerät uns auch in der aktuellen Terrorlage nichts nutzen würde, muss die Priorität auf die neue Polizeipistole gelegt werden. Hier besteht akuter Handlungsbedarf, zudem eine neue Waffe nicht nur im Hinblick auf Terror, sondern ganz allgemein für unsere Streifenund Fahndungstätigkeit absolut notwendig ist. Und dies sollte so schnell als irgend möglich erfolgen, denn mancher Kollege geht aufgrund erlebter Funktionsstörungen beim PE- bzw. Schießtraining inzwischen mit einem unguten Gefühl auf Streife. Die GdP fordert daher auch, die Neuausstattung nicht erst 2018, sondern so bald als möglich in Angriff zu nehmen.

Von Peter Schall, Landesvorsitzender

Unterfränkischer Polizeikongress in Würzburg

Mehr als 110 Delegierte von allen Polizeidienststellen in Unterfranken waren der Einladung zum Unterfränkischen Polizeikongress mit Bayerns Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback gefolgt. Entsprechend dem Motto "Miteinander für unsere Sicherheit" hatten Gewerkschaft der Polizei und Bund Deutscher Kriminalbeamter gemeinsam eingeladen.

Holger Zimmermann und Martin Auer, die beiden Vorsitzenden von GdP und BDK in Unterfranken, begrüßten erfreut die zahlreichen Kongressteilnehmer, die ein kurzweiliges Programm mit engagierten Beiträgen und Diskussionen erlebten.

"Die gemeinsame Liste für Alle"

Im internen Teil am Vormittag stand die Personalratswahl am 21. Juni im Mittelpunkt. Für ihren gewerkschaftsunabhängigen Einsatz unserer Personalräte für alle Polizeibeschäftigten haben die rund 3.000 Kolleginnen & Kollegen der unterfränkischen Polizei seit über 10 Jahren der gemeinsamen Liste 1 mit großer Mehr-

heit ihr Vertrauen geschenkt: 10 von 15 Personalräten, der Personalratsvorsitzende und seine beiden Vertreter – ein bewährtes starkes Team der gemeinsamen Liste.

Bei der Wahl 2016 treten in Unterfranken GdP, BDK und nichtorganisierte Kolleginnen & Kollegen getreu ihrem Motto "Miteinander statt gegeneinander" wieder gemeinsam auf Liste 1 an.

Fast 200 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der unterfränkischen Polizei waren diesmal sogar bereit, sich auf der "gemeinsamen Liste für Alle" einzusetzen.

"Gemeinsam für unsere Sicherheit"

Das Motto des Unterfränkischen Polizeikongresses stand für die Zusammenarbeit innerhalb der Polizei, mit den Sicherheitsbehörden und der Politik. Würzburgs Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake, Unterfrankens Polizeivizepräsident Olaf Schreiner und der "Hausherr", Polizeidirektor Ludwig Härtl von der III. Bereitschaftspolizeiabteilung hießen die Teilnehmer im großen



Unterfränkischer Polizeikongress in Würzburg

Hörsaal der Würzburger Bereitschaftspolizei willkommen und freuten sich, als Ehrengast den bayer. Justizminister begrüßen zu können.

Die Präsenz und auch überregionale Berichterstattung zahlreicher Medienvertreter von Presse, Hörfunk und Fernsehen zeigte den Kongressteilnehmern, dass Sicherheitspolitik und die Stimmen von GdP und BDK in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stoßen.



Peter Schall, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Bayern und Hans Wengenmeir, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, analysierten in überzeugenden Reden den "Ist-Stand" bei Bayerns Polizei und sprachen mit den Delegierten über die gemeinsamen Ziele für die Zukunft:

Deutliche Personalverstärkung an den Basisdienststellen, mehr Beförderungsstellen, insbesondere nach A 9+Z und A 11 in der 2. QE sowie nach A 12 in der 3. QE, Einstiegsamt A 10 für die 3. QE, endlich 5 Euro DUZ, Erhöhung der Polizeizulage auf 300 Euro angesichts des immer gefährlicheren polizeilichen Alltags, einer völlig neuen Terrordimension und gewaltiger Arbeitsmehrbelastung nicht nur durch die Flüchtlingskrise, eine neue Polizeiwaffe, bessere Schutzausstattung, spürbare Maßnahmen zur Reduzierung von Gewalt gegen Polizei, schnelle Einstellung von zusätzlichen Angestellten zur Entlastung der Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben, bessere Perspektiven im Tarifbereich und für dringend benötigte Spezialisten u.v.m.

Prof. Dr. Winfried Bausback, Bayer. Staatsminister der Justiz, freute sich als Aschaffenburger über einen unterfränkischen Polizeikongress von GdP und BDK Bayern und nahm als Ehrengast gerne teil.

Zu Beginn seiner Rede erzählte der Minister, dass er schon wiederholt im Streifenwagen mitgefahren sei und z.B. bei einem nächtlichen Einsatz auch die Aggression gegen Polizisten miterlebt habe. Er zollte dem professionellen Einschreiten der von ihm damals begleiteten Polizeibeamtin und ihres Streifenkollegen großen Respekt und als sich herausstellte, dass zufällig beide als Delegierte im Saal waren, hatte er das Publikum gleich auf seiner Seite.

Minister Bausback ging in seinem Vortrag mit praktischen Beispielen auf die Probleme von Justiz und Polizei bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ein, wenn z.B. bis zu 800 Leute wegen Schleusungen und anderer Straftaten an der Südgrenze in

Untersuchungshaft gingen. Der Datenaustausch mit nichtbayer. Dienststellen sei da noch "optimierbar" um allen die Arbeit zu erleichtern. Auch wenn man bei Wohnungseinbrüchen in Bayern eine Trendwende spüren könne, seien die hohen Zahlen nicht hinnehmbar. Dass Bayer. Gesetzesinitiativen im Bundesrat, z.B. für die Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung bei allen Wohnungseinbrüchen gerade von Bundesländern mit viel höheren Fallzahlen abgelehnt wurden, stieß bei den anwesenden polizeilichen Sachbearbeitern auf völliges Unverständnis.

Die Forderungen von GdP und BDK nach verschärfenden Gesetzesänderungen als Signal für Gewalttäter gegen Polizisten/innen unterstützte der Bayer. Justizminister ausdrücklich.

"Die Täter sind Polizei und Justiz bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität immer einen Schritt voraus und es wird zunehmend schwerer, Spezialisten für diese Aufgabe zu gewinnen" wurde Bausback vorgehalten. Der verwies darauf, dass man mit Kompetenzzentren in Zentralstellen bei der Justiz diese Problematik angegangen sei.

Die von den Praktikern der GdP und des BDK geforderten Verbesserungen bei der Vorratsdatenspeicherung unterstützt Baus-



back: "Die Regelungen sind zu kompliziert, und der Straftatenkatalog nicht vollständig."

Noch zahlreiche Themen wurden mit dem Minister besprochen, von besserer Prävention, mehr beschleunigten Verfahren, mangelnder Abstimmung zwischen Justizbehörden verschiedener Bundesländer, Adhäsionsverfahren für verletzte Polizeibeamte, konsequenter Abschiebung ausländischer Straftäter bis hin zum Problem von Polizeibeamten, die unmittelbar nach dem Nachtdienst als Zeuge vor Gericht geladen werden u.v.m.

Nicht unerwähnt blieben natürlich die großen Herausforderungen durch eine neue Dimension des Terrors, Gewalt gegen Polizeibeamte, Fußball- und Demoeinsätze, politisch motivierte Straftaten, Konfliktlagen im Zuge der Migration, Cyberkriminalität u.v.m. bis zu alltäglichen Problemen auf unterbesetzten Polizeidienststellen.

"Ein toller Polizeikongress, mit vielen interessanten Themen und Teilnehmern - der Tag ist wie im Flug vergangen" so das Resümee der Delegierten, die bis zum Schluss engagiert bei der Sache waren.

Mit einem leckeren italienischen Buffet als letztem Tagesordnungspunkt bedankten sich GdP und BDK dafür bei allen Teilnehmern.

Bildergalerie unter http://www.gdp.de/gdp/gdpbay.nsf/id/Polizeikongress Ufr



Helmut Frey neuer BG Vorsitzender in Mittelfranken

Anfang März fand in Nürnberg der Bezirksdelegiertentag der BG Mittelfranken statt. Traditionell standen Neuwahlen im Mittelpunkt dieses Delegiertentages.

Herbert Kern führte mehr als 10 Jahre die BG Mittelfranken und stand aus Altersgründen für eine erneute Wahl nicht mehr zur Verfügung. Er wies darauf hin, dass es die Vorstandschaft in all den Jahren seiner Verantwortung auszeichnete, dass es immer ein harmonisches Miteinander gab. Keiner war auf den anderen neidisch. In der Vorstandschaft hatte die Stimme der Polizeimeisterin das gleiche Gewicht wie die des Polizeidirektors. Eine schwierige Situation trat auf, als der damalige Nürnberger KG-Vorsitzende, Sepp Mehringer, nach Würzburg als Leiter der EZ Unterfranken versetzt wurde. Seitdem stehen für

Sepp Mehringer, Kurt Benisch und der Bezirksvorsitzende Herbert Kern zum CSU-Parteitag nach München gefahren, um dort in der Lobby des Parteitages mit Herrn Staatssekretär Eck und einer Vielzahl von Abgeordneten die Weichen für einen Neubau zu stellen. Außerdem war eine Demonstration der GdP vor der alten Wache der PI Nürnberg-Süd erforderlich, um etwas zu bewegen. Über diese Demonstration berichteten damals das Bayerische Fernsehen und der Bayerische Rundfunk. Unterstützung erhielten die Demonstranten vor Ort vom damaligen Landtagsvizepräsidenten Jörg Rohde.

Bei den anschließenden Neuwahlen wurde schließlich Helmut Frey aus Ansbach zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt Im öffentlichen Teil begrüßte zunächst Bürgermeister Christian



die GdP Arbeit in Nürnberg nur noch ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung, die über keinerlei Freistellung aus der Personalratsarbeit verfügen. Großes Lob für die Arbeit in der Großstadt Nürnberg bekam deshalb der KG-Vorsitzende Norbert Schwab von der VPI Nürnberg mit seinem Vorstandsteam. Herbert Kern erinnerte auch an verschiedene Erfolge der GdP Mittel-

Vogel die Delegierten und Gäste. Anschließend stellten die Abgeordneten Dr. Florian Herrmann für die CSU-Fraktion, Stefan Schuster für die SPD Fraktion, Hubert Aiwanger für die Freien Wähler und Frau Katharina Schulze für das Bündnis 90/Die Grünen, die Programme ihrer jeweiligen Fraktion zur Inneren Sicherheit vor. Während alle die Frage, ob es fünf vor zwölf oder bereits



V.I.: Jürgen Schöpf, Nadine Ranzenberger, Klaus Pfitzner, BG-Vorsitzender Helmut Frey, Marcel Beck, Ulrike Rauskolb-Kunz, Norbert Schwab

franken. So wurden Umbau und Renovierung des Dienstgebäudes der Polizeiinspektion Ansbach erst in Angriff genommen, als die GdP in den örtlichen Medien die Öffentlichkeit auf die marode Bausubstanz hingewiesen hatte. Auch wurden verschiedene Abgeordnete zu Ortsbesichtigungen eingeladen, die immer von Funktionsträgern der GdP vor Ort begleitet wurden.

Eine schwierigere Aufgabe war der Neubau der PI Nürnberg-Süd. Hier hat der damalige Dienststellenleiter, GdP Mitglied Kurt Benisch, zusammen mit der GdP entsprechende Lobbyarbeit geleistet. So seien damals der Nürnberger Kreisvorsitzende

fünf nach zwölf sei, jeweils aus ihrer Sicht beantworteten, stellte Hubert Aiwanger von den Freien Wählern unmissverständlich fest: "Es ist weder fünf vor zwölf, noch fünf nach zwölf, sondern bereits halb eins!"

Dem öffentlichen Teil des Delegiertentages wohnten Landesvorsitzender Peter Schall, sowie zahlreiche BG-Vorsitzende aus ganz Bayern bei. Der neue BG-Vorsitzende Helmut Frey betonte in seiner Antrittsrede, dass es die gemeinsame Aufgabe aller Anwesender, ob Gewerkschafter, Politiker oder Polizeiführer, ist, die "Uhr wieder zurück zu drehen" und die innere Sicherheit durch die erforderlichen Maßnahmen wieder auf ein

solides Fundament zu stellen. Alle Delegierten forderte er auf, dafür zu sorgen, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen an der Personalratswahl am 21. Juni 2016 teilnehmen und die Kandidatinnen und Kandidaten der Listenverbindung GdP/BDK in Mittelfranken sowie für den Hauptpersonalrat die Liste der GdP ankreuzen. Er selbst bedankte sich beim alten BG-Vorstand für das Vertrauen, als Spitzenkandidat für die Personalratswahl beim PP Mittelfranken benannt worden zu sein. Auf der HPR-Liste kandidiert er auf Platz 4 und seine Stellvertreterin, Kollegin Ulrike Rauskolb-Kunz auf Platz 15.



Spende für die Münchner Kinderklinik Harlaching

Zu Ostern spendete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) 1.000 € für die Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge (Schirmherren sind Oberbürgermeister Dieter Reiter und Alt-Oberbürgermeister Christian Ude), die an den Münchener Kinderkliniken Harlaching und Schwabing seit einigen Jahren fest etabliert sind. Der Vorsitzende der GdP, Personalrat Rainer Pechtold, kam eigens auf die Frühgeborenenintensivstation der Kinderklinik Harlaching am Sanatoriumsplatz 2, um den Spendenscheck an Chefarzt Prof. Walter Mihatsch, Prof. Reinhard Roos vom Harlekin e.V. und Harlekin-Nachsorgeschwester Veronica Eisele zu übergeben. Die Solidarität in der Gesellschaft ist sehr wichtig, deshalb unterstützt die GdP immer wieder gerne Projekte an Münchner Kinderkliniken, so Herr Pechtold.



Die Spende der Gewerkschaft der Polizei ist zweckgebunden für die Harl.e.kin-Nachsorge und die Neueinrichtung von Eltern-Kind-/ Therapiezimmern im Neubau der Kinderklinik. Herr Prof. Roos und Frau Eva Hesse bedankten sich von Herzen für die freundliche Unterstützung. Pro Jahr werden über 200 Familien mit Zu-Frühgeborenen Kindern und Risikokindern im Übergang vom oft langen Aufenthalt in der Klinik nach Hause in die alleinverantwortlichen Betreuung von den Harlekin-Teams vor Ort begleitet.

Weitere Infos: www.harlekin-verein.de

Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Schweinfurt

Die Vorsitzende der Kreisgruppe Schweinfurt, Verena Schlund, konnte neben den Jubilaren, die für 10 bis zur 60 jährigen Mitgliedschaft geehrt wurden, auch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Andreas Vollmer und den unterfränkischen Bezirksvorsitzenden Holger Zimmermann begrüßen.

Adi Schön machte in seiner Rede zur Situation der Polizei in Schweinfurt klar, dass durch die Erstaufnahmeeinrichtung eine erhebliche Arbeits- und Einsatzbelastung gekommen ist. Dies rührt daher, dass die Aufnahmeeinrichtung täglich mit mindestens 6 Personen besetzt sein muss, um die erforderliche Erfassung der ankommenden Flüchtlinge durchführen. Zudem kommt es immer wieder zu Einsätzen in der Erstaufnahmeeinrichtung, die nicht in der Kriminalstatistik auftauchen, da es sich "nur" um Unterstützungseinsätze für Feuerwehr oder andere Hilfsdienste handelt.

Wegen des ohnehin fehlenden Personals von ca. 25 Prozent und der weiter zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch die Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtung machte er deutlich: "Wir sind personell am Limit. Eine Aufstockung von Planstellen nützt nichts, wir brauchen endlich Köpfe statt Planstellen." Der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Andreas Vollmer, ging in seiner Rede auf die Belastungen durch die Flüchtlingswelle und den G-7-Gipfel ein, die immer noch nachwirken. Außerdem rede der Innenminister die Personalsituation bei der Bayerischen Polizei immer wieder schön. Der Irrsinn treibe aber immer weitere Blüten. Für die Idee des Ministerpräsidenten Seehofer, die bayerische Grenze mit eigenem Personal zu sichern, würden allein 1.800 zusätzliche Stellen benötigt, die nicht da sind.

Zudem bescheinigte er Deutschland eine zentrale Bedrohungslage, die etwas aus der öffentlichen Wahrnehmung getreten sei. Wir hätten in Deutschland ca. 8.000 potentiell gewaltbereite

Salafisten. Nicht erst die Anschlagswelle in Paris hätte gezeigt, dass der Terrorismus immer näher kommt.

Wer aber erwartet hätte, dass den Nachrichtendiensten in Deutschland durch diese Gefährdungslage, wie in Frankreich, der Rücken gestärkt worden wäre, hat sich getäuscht. Lediglich in Bayern habe es eine richtige personelle Aufstockung gegeben. Bundesweit würden die Handlungsfelder durch rechtliche Restriktionen immer weiter eingeengt und personelle Ressourcen würden einfach fehlen. Insbesondere kritisierte er den Vorsitzenden des parlamentarischen Kontrollgremiums im Deutschen Bundestag, Herrn MdB Andre Hahn (Die Linke) der dazu schriftliche in einem Statement darstellte, dass Geheimdienste Femdkörper in einer Demokratie wären und deshalb aufgelöst bzw. überflüssig gemacht werden sollen.

Weiter forderte er massive personelle Verstärkung der Polizei, die langjährige Sparpolitik würde sich jetzt rächen. Eine höhere Polizei- und Sicherheitszulage sowie eine Erhöhung der Zulagen für den Nacht- und Wochenenddienst sowie keine neuen Schichtmodelle gegen den Willen der Beschäftigten.

Der unterfränkische Bezirksvorsitzende Holger Zimmermann ging noch einmal auf den seit Jahren nicht angepassten Personalstand von fehlenden 25 Prozent ein. Die Polizeiinspektion Schweinfurt wäre bis dato die einzige Dienststelle in Unterfranken, bei der die Pilotierung neuer Schichtmodelle erfolgen solle. Abschließend ging er auf die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte ein. Wurden 2014 noch 162 Beamte im Dienst verletzt, waren es 2015 bereits schon 185 Beamte. Er forderte, dass die Grenzen noch deutlicher aufgezeigt werden müssten. Es könne nicht sein, dass jeden zweiten Tag ein Polizeibeamter im Dienst verletzt werde. 80 Prozent der Täter seien männlich und 75 Prozent wären alkoholisiert.



BePo testet neuen Körperschutz!

Nein, keine dienstlicher Hintergrund! Spaß und Miteinand war das Ziel als es wieder hieß: Buuuuuuuubble-Soccer!

In der VI. BPA Dachau war das 1. Bubble-Soccer-Turnier im letzten Jahr ein so großer Erfolg, dass eine Wiederholung eingefordert worden war. So war es auch kein Wunder, dass am 30.03.16 sogar 12 Teams in der Turnhalle am Start waren, um den Bumperz und ihrem Körper alles abzuverlangen. Harte Tacklings, schöne Tore und ein faires Miteinander prägten das Turnier. Als Tor des Tages wurde von Organisator Christian Neuwirth das einzige Tor der am Start befindlichen reinen Frauen-Mann-



schaft prämiert. Sportlich waren die Mädels ebenso top wie in Ihrer kampfeslustigen Einstellung, aber als mit Abstand leichtestes Team war es schwer, sich gegen die zumeist gemischten Teams durchzusetzen. Gewinnen war aber ohnehin egal, da das gemeinsame sportlich-spaßige Kräftemessen im Mittelpunkt stand und jeder Teilnehmer einen Preis erhalten hat.

Aber nicht nur Dachau bubbelt... am Tag danach erlebte die V. BPA in Königsbrunn, was die GdP an Trends zu bieten hat. Beindruckend war hier die Menge des Publikums, das den hohen Einsatz der Teams mit Applaus und motivierenden Zuru-



fen bedachte... und beim nächsten Mal selbst mitspielen will! Moderator Markus Schirmer, Organisator Gerhard Krämer und Schiedsrichter Thomas König freuten sich, hier sogar ein Team der Signal-Iduna begrüßen zu können. Mit Fitness konnte auch unser Versicherungspartner voll und ganz überzeugen, aber letztlich machten zwei BiA-Teams im spannenden Finale den Sieg unter sich aus.

Autor: Markus Schirmer, Fotos: Manfred Schilka







LEGOLAND® Deutschland Eintrittskarten

GdP-MITGLIEDER SPAREN

IM LEGOLAND®



GdP Service GmbH

BIS ZU 58% BEI 1-TAGESKARTEN!

Saison 2016	1-Tageskarte gültig für jeden Tag in der Saison	1-Tageskarte datiert Vorbuchzeit 2 – 4 Tage	1-Tageskarte datiert Vorbuchzeit 5 Tage o. mehr
Erwachsene	28,00 € (33% gespart!)	19,50 € p.P.	17,50 € p.P.
Kinder (3 – 11 Jahre)	26,50 € (28% gespart!)	(bis zu 54% gespart!)	(bis zu 58 % gespart!)

Mit folgenden Zugangsdaten könnt Ihr diese speziellen Tickets online auf LEGOLAND.de/firmen erwerben und selbst ausdrucken

Promotion Code: LLD750 Kundennummer: 7324

Passwort: GDP





Diese 1-Tageskarten sind nur online im Vorverkauf erhältlich. Undatierte Eintrittskarten können an jedem beliebigen Tag in der Saison 2016 im LEGOLAND® Deutschland Resort in Günzburg genutzt werden, datierte Eintrittskarten gelten nur am ausgewählten Tag. Die Saison 2016 geht vom 19. März bis 6. November 2016. Bitte genaue Öffnungszeiten

Regulärer Tageskassenpreis 42,00 € für Erwachsene und 37,00 € für Kinder. Kinderkarten gelten für Kinder von 3 bis 11 Jahren, Kinder unter 3 Jahren sind frei.

Das Angebot ist nur gültig für GdP-Mitglieder und deren Angehörige.

Angebot nicht kombinierbar mit anderen Aktions- und Rabattvorteilen, Online- und Jahreskarten oder Übernachtungspauschalen. Die Weitergabe der Zugangsdaten und der Verkauf der 1-Tageskarten an Dritte ist nicht gestattet. Änderungen der Preise und Konditionen vorbehalten.